



Förderprogramm Kanton Graubünden

Erstinstallation Wärmeverteilung

Leitfaden und Bedingungen

ALLGEMEINES ZUM BEITRAGSVERFAHREN

Beitragsgesuche sind **rechtzeitig vor Baubeginn** einzureichen.

Art. 28 des Energiegesetzes des Kantons Graubünden (BEG) lautet:

"Beginnt ein Gesuchsteller mit der Ausführung des Vorhabens oder tätigt er Anschaffungen vor der Beitragszusicherung, so werden ihm keine Beiträge gewährt, es sei denn, dass ihm der vorzeitige Baubeginn bewilligt wurde. Die vorzeitige Bewilligung verleiht keinen Anspruch auf eine Beitragsgewährung."

Erzielt eine vom Kanton finanziell geförderte Massnahme eine Wirkung in Form einer CO₂-Einsparung, so beansprucht der Kanton diese CO₂-Wirkung für die Abrechnung der Globalbeiträge gegenüber dem Bund. Die CO₂-Wirkung kann nicht aufgeteilt oder anderen Organisationen abgetreten werden. Die von der CO₂-Abgabe gemäss dem Gesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen befreiten Unternehmen sind nicht förderberechtigt, sofern es sich um vom Bund durch Globalbeiträge mitfinanzierte Förderprogramme handelt (siehe Art. 54 Energieverordnung des Kantons Graubünden [BEV]).

ABWICKLUNG

Das Beitragsgesuch ist auf der Plattform www.energie.gr.ch online zu erfassen. Anschliessend sind die unterzeichneten Dokumente mit den notwendigen Beilagen dem Amt für Energie und Verkehr in einfacher Ausführung einzureichen. Die Beilagen können alternativ auf die Plattform hochgeladen werden. Das Beitragsgesuch gilt erst als eingereicht, wenn das rechtsgültig unterzeichnete Gesuchsformular beim Amt für Energie und Verkehr in Papierform eingegangen ist. Nach erfolgter Prüfung, verfügt das Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität die Höhe der finanziellen Leistung und die einzuhaltenden Auflagen und Bedingungen. Die vorgesehenen Massnahmen sind innerhalb von 2 Jahren auszuführen und können um höchstens 1 Jahr, auf schriftlichen Antrag, verlängert werden. Nach Abschluss der geplanten Massnahmen sind die Ausführungen auf der Plattform www.energie.gr.ch zu erfassen. Das unterzeichnete Abschlussformular ist dem Amt für Energie und Verkehr in Papierform zuzustellen. Die Beilagen können alternativ auf die Plattform hochgeladen werden. Die Auszahlung des Beitrages erfolgt nach Prüfung aller Unterlagen. Der Gesuchstellende verpflichtet sich, dem Amt für Energie und Verkehr auf dessen Aufforderung hin alle mit der Förderung zusammenhängenden Daten, wie Energieverbrauch, Bauabrechnungen etc. mitzuteilen.

EINZUREICHENDE UNTERLAGEN

Das Beitragsgesuch mit rechtsgültiger Unterschrift ist in Papierform einzureichen. Dem Beitragsgesuch sind alle Dokumente beizulegen, welche zur Beurteilung notwendig sind. Die Beilagen können alternativ zur Papierform auf der Plattform hochgeladen werden. Die benötigten Beilagen sind auf der Plattform www.energie.gr.ch aufgeführt.

GESUCHSUNTERLAGEN/AUSKÜNFTE

Unvollständige Gesuche werden erst nach Eintreffen der fehlenden Unterlagen weiterbearbeitet. Die Unterlagen sind in einfacher Ausführung dem Amt für Energie und Verkehr einzureichen.

Weitere Auskünfte erteilt das Amt für Energie und Verkehr, Tel. 081 257 36 30. Sämtliche Gesuchsunterlagen sind auf der Plattform www.energie.gr.ch abrufbar.

1. ERSTINSTALLATION WÄRMEVERTEILUNG

GESETZLICHE GRUNDLAGEN:

ENERGIEGESETZ DES BUNDES (ENG) UND ENERGIEVERORDNUNG (ENV) DES BUNDES

Für die Erstinstallation Wärmeverteilung gelten die Förderbedingungen gemäss Art. 54a der Energieverordnung des Bundes (EnV; SR 730.01 und Anhang). Der Vollzug erfolgt durch die Kantone im Rahmen der bestehenden Strukturen analog dem Gebäudeprogramm/kantonales Förderprogramm (Art. 50a Abs. 2 des Energiegesetzes des Bundes [EnG; SR 730.0] und Art. 54d EnV). Insbesondere Art. 27 BEG (Maximalbeitrag), Art. 28 BEG (Regeln bzgl. Baubeginn) und Art. 29 BEG (Beitragskürzung) gelten somit auch in diesem Verfahren.

Förderberechtigt ist die Erstinstallation einer wassergeführten Wärmeverteilung beim Ersatz einer bestehenden, dezentralen elektrischen Widerstandsheizung oder einer dezentral fossilen Heizung ohne hydraulisches Wärmeverteilsystem durch eine mit erneuerbaren Energien betriebene Hauptheizung mit einem hydraulischen Wärmeverteilsystem (Art. 54a EnV und Anhang).

Die bestehende dezentrale elektrische Widerstandsheizung oder dezentrale fossile Heizung ist zum Erreichen der Standard-Raumtemperatur nach Norm SIA 384.201 unerlässlich und wird zur Deckung von über 50 Prozent des jährlichen Heizwärmebedarfs des Gebäudes als Hauptheizung eingesetzt (Art. 54a EnV und Anhang).

Alle dezentralen elektrischen Widerstandsheizungen oder fossilen Heizungen in einem Gebäude werden ersetzt. Davon ausgenommen sind Handtuchradiatoren. Der Einbau eines wassergeführten Wärmeverteilsystems in einer einzelnen Wohnung ist entsprechend nicht beitragsberechtigt. (Art. 54a EnV und Anhang).

Ist der Ausbau einer elektrischen Fussbodenheizung nicht möglich oder unverhältnismässig, ist diese elektrisch dauerhaft von der Stromversorgung zu trennen (Art. 54a EnV und Anhang).

Die erneuerbare Wärmeerzeugung kann unter Einhaltung der Förderbedingungen zusätzlich gefördert werden.

Der Kanton Graubünden kann für die Erstinstallation von hydraulischen Wärmeverteilsystemen Förderbeiträge bis maximal 100'000 Franken gewähren (Art. 53 BEV). Der Beitrag darf zusammen mit anderen Beiträgen der öffentlichen Hand oder aus nationalen Förderprogrammen 50 Prozent der Aufwendungen für das einzelne Projekt nicht übersteigen (Art. 27 BEG).

Die Gültigkeitsdauer der Förderbeiträge beträgt zwei Jahre ab dem Datum der Zusicherung, mit der Möglichkeit der Verlängerung um höchstens ein Jahr (Art. 28 BEG).

Die zugesicherten Fördergelder sind Maximalbeiträge pro Beitragsgesuch. Weicht die realisierte Baute oder Anlage von der Projekteingabe ab, die der Beitragsverfügung zugrunde liegt, können

die Beiträge an das Vorhaben gekürzt, gestrichen oder zurückgefordert werden (Art. 29 BEG).

BEDINGUNGEN

Der Ersatz einer Wärmeverteilung oder die Installation im Rahmen eines Neubaus sind nicht förderberechtigt.

BEITRAGSBEMESSUNG

Bis 250 m ² Energiebezugsfläche (EBF)	Pauschalbeitrag	CHF	15'000
Ab 250 m ² Energiebezugsfläche (EBF)	Flächenbeitrag	CHF	60.--/m ² EBF
Maximalbeitrag		CHF	100'000

Bei diesen staatlichen Mitteln handelt es sich um Subventionen (Staatsbeitrag), die gemäss Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG; SR 641.20) nicht steuerbar sind, sie können aber beim Empfänger zu Vorsteuerabzugskürzungen führen.